



STADT ERLENBACH

NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES KULTUR- UND SOZIALAUSSCHUSSES

Sitzungsdatum:	Dienstag, 30.06.2026
Beginn:	19:00 Uhr
Ende	20:28 Uhr
Ort:	im Foyer der Frankenhalle

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Becker, Christoph

Ausschussmitglieder

Dyroff, Lisa-Maria
Grosch, Christoph
Münzel, Wolfgang
Oliveira Zbinden, Marina
Raab-Wasse, Helga
Wengerter, Vanessa

Integrationsbeauftragte

Holzinger, Bianca nur öffentliche Sitzung

Seniorenbeauftragte

Schenck-Hofmann, Barbara

Familienbeauftragte

Stegmann, Kerstin

Stellvertreter

Fuchs, Stefan

Schriftführerin

Laumeister, Diana

Verwaltung

Kampf, Uwe
Weber, Herbert

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Fischer, Alexej

Fuchs, Monika

Verwaltung

Gebler, Caroline

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Bekanntgaben
- 2 Kinderbildung und -betreuung
- 2.1 Bericht über die aktuelle Belegungssituation der städtischen Kindertageseinrichtungen
- 3 Städtische Beiräte
- 3.1 Umsetzung des Haushaltsantrages des Familienbeirats zur Einrichtung eines Jugendbereiches auf dem Spielplatz Berliner Straße; **2026/2478**
Beratung und Beschlussfassung
- 3.2 Anpassung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Beauftragte; **2026/2477**
Beratung und Beschlussfassung
- 4 Anfragen aus dem Gremium

Erster Bürgermeister Christoph Becker eröffnet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Kultur- und Sozialausschusses fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1 Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben.

2 Kinderbildung und -betreuung

2.1 Bericht über die aktuelle Belegungssituation der städtischen Kindertageseinrichtungen

Diskussionsverlauf:

Die Leiterin der Sozialreferats Diana Laumeister stellte anhand der diesem Protokoll als Anlage 1 beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

3 Städtische Beiräte

3.1 Umsetzung des Haushaltsantrages des Familienbeirats zur Einrichtung eines Jugendbereiches auf dem Spielplatz Berliner Straße; Beratung und Beschlussfassung

Am 21.01.2026 wurde von Frau Kerstin Stegmann ein Haushaltsantrag auf Bereitstellung von Mitteln in Höhe von 10.000 € mit dem Ziel des Umbaus und der funktionalen Aufwertung des Kinderspielplatzes an der Berliner durch die Schaffung eines Aufenthaltsbereiches für Jugendliche eingereicht.

Der Bereich für Jugendliche soll durch eine Heckenbepflanzung räumlich vom bestehenden Kinderspielplatz abgegrenzt werden, um die Sicherheit, Übersichtlichkeit sowie eine konfliktarme Nutzung der verschiedenen Altersgruppen zu gewährleisten. Ein attraktives Freizeitangebot für Jugendliche soll insbesondere durch die Aufstellung einer Tischtennisplatte sowie einer Basketballanlage geschaffen werden.

Mit der Maßnahme werden zugleich Zielsetzungen des Projekts „Zukunft“ aufgegriffen, insbesondere die Verbesserung der Aufenthalts- und Freizeitqualität für Jugendliche im Stadtgebiet sowie die Förderung generationengerechter öffentlicher Räume.

Insbesondere folgende Fragestellungen sind zu beraten:

- Anpassung der Spielplatzordnung
- Definition der Zielgruppe
- Zeitlicher Nutzungsrahmen
- Geräuschemission und Nachbarschaftsschutz
- Kontrolle und Sicherheit

In der Sitzung soll nach erfolgter Beratung ein Grundsatzbeschluss zur örtlichen Umsetzung gefasst werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen hierzu erörtert werden.

Eine verwaltungsseitige Beschlussempfehlung erfolgt an dieser Stelle nicht und soll der Diskussion in der Sitzung vorbehalten bleiben.

Diskussionsverlauf:

Die Leiterin des Sozialreferates Diana Laumeister stellte anhand der dem Protokoll als Anlage 2 beigefügten Präsentation den Sachverhalt vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Die erforderlichen Mittel werden im Haushalt bereitgestellt.

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Einrichtung eines Jugendbereichs auf dem Spielplatz Berliner Straße als Pilotprojekt wird zugestimmt.

Die Kosten in Höhe von 10.000 € sind im städtischen Haushalt 2026 enthalten.

Mehrheitlich beschlossen Ja 7 Nein 1 Anwesend 8

3.2 Anpassung der Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Beauftragte; Beratung und Beschlussfassung

Die Stadt Erlenbach a.Main bestellt zur Wahrnehmung verschiedener gesellschaftlich bedeutender Aufgaben auf ehrenamtlicher Basis seit

- 1993 einen Umweltbeauftragten
- 2018 eine Familienbeauftragte sowie eine Seniorenbeauftragte
- 2020 eine Integrationsbeauftragte

Für die Ausübung dieser Tätigkeiten wird eine jährliche Aufwandsentschädigung gewährt. Diese betrug bei der Einführung des Umweltbeauftragten im Jahr 1993 200 DM. Mit der Umstellung auf den Euro wurde die Aufwandsentschädigung auf 120 € festgesetzt. Seitdem erfolgte keine Anpassung der Entschädigungshöhe.

Vor dem Hintergrund der seit mehr als 24 Jahren unveränderten Aufwandsentschädigung hält die Verwaltung eine Anpassung für angemessen. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung auf 200 € jährlich soll dem gestiegenen Aufwand Rechnung getragen und zugleich die Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement zum Ausdruck gebracht werden.

Durch die Anpassung erhöht sich die jährliche Aufwandsentschädigung je Beauftragter bzw. Beauftragtem um 80 €. Bei derzeit vier ehrenamtlichen Beauftragten entstehen hierdurch zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 320 € jährlich.

Diskussionsverlauf:

Bürgermeister Christoph Becker stellte den Sachverhalt vor.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Mittel für die Mehrkosten der Aufwandsentschädigung in Höhe von 320 € jährlich sind im Haushalt eingeplant.

Beschluss:

Die jährliche Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen städtischen Beauftragten der Stadt Erlenbach a.Main wird, ab dem Jahr 2026, von bisher 120 € auf 200 € angehoben.

Einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0 Anwesend 8

4 Anfragen aus dem Gremium

Stadtrat Stefan Fuchs bemängelt die Vermüllung an einigen Plätzen im Stadtgebiet und regt die Aufstellung weiterer Müllbehälter an.

Bürgermeister Christoph Becker erläutert, dass dem Thema seit Jahren intensive Beachtung geschenkt wird und verweist auf die Ergebnisse der Jungbürgerversammlung im vergangenen Jahr und auf eine im Herbst 2026 geplante Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Leiter des Jugendzentrums und Jugendbeauftragten Ralf Diener zur Sensibilisierung der Jugendlichen zu dieser Thematik beitragen soll.

Weiterhin wird ausgeführt, dass die Stadt Erlenbach rund um die Müllumladestation im Vergleich zu anderen Kommunen überproportional von Vermüllung betroffen ist und bis zu einer Vereinbarung mit dem Landratsamt die Kosten der Entsorgung aus eigenen Mitteln stemmen musste.

Bürgermeister Christoph Becker gibt zu bedenken, dass das Aufstellen weiterer Müllbehältnisse nicht unerhebliche Kosten verursacht und nicht zwangsläufig zum gewünschten Ziel führt, wie in einigen Fällen die Vermüllung rund um vorhandene Müllbehälter zeige.

Derzeit versuche man in den Weinbergen Bürgerinnen und Bürger durch das Aufstellen von Schildern anzuregen, den eigenen Müll wieder mitzunehmen.

Erster Bürgermeister Christoph Becker schließt um 20:28 Uhr die öffentliche Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses.

Christoph Becker
Erster Bürgermeister

Diana Laumeister
Schriftführerin